

NR
28.9.79

Klänergemeinschaft gegen KKW Brokdorf informierte

„Mit Zuversicht in den Prozeß nach Schleswig“

Wewelsfleth (be). „Wir als Klänergemeinschaft gehen zuversichtlich in den Prozeß nach Schleswig, weil wir gute Argumente haben.“ Dies erklärte ein Sprecher der Prozeßgruppe gegen das Kernkraftwerk Brokdorf anläßlich des Informationsgespräches auf dem Hof Hellerich in Beesen/Wewelsfleth vor Journalisten aus Schleswig-Holstein und Hamburg. Zuvor hatte Bauer Rolf Hellerich darauf hingewiesen, daß seine Familie 110 Jahre auf diesem Wilstermarschhof lebe und die Marschbauern es gewohnt seien, für ihre Sicherheit zu kämpfen, sei es gegen den blanken Hans, in Brand- und Viehgilden und jetzt gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf.

Wewelsfleth

„Wir tun das aus Sorge um unsere Existenz, um die Gesundheit unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse“, sagte der Sprecher und fügte hinzu, daß man stillschweigend die Ansiedlung der Schwerindustrie und des KKW Brunsbüttel hingenommen habe, wohl kaum wissend, was damit auf die Wilstermarsch zukäme. Hellerich fügte weiter hinzu, daß ihnen jedoch zugesichert sei, daß der Raum Brunsbüttel-Glückstadt als Naherholungsraum erhalten bleibt. Als das Land nun auch in diesen Raum einbrach, sei das Maß voll gewesen, so daß sich Bauern und Bürger zur Wehr setzten. Ein anderer Sprecher der Kläger bezeichnete es als Erfolg, bis jetzt den Bau des KKW Brokdorf verhindert zu haben.

Für die Klänergemeinschaft, die sich aus neun Einzelklägern und vier Gemeinden zusammensetzt, trug anschlie-

ßend der Hamburger Rechtsanwalt Günnemann die wesentlichen Argumente aus der 130 Seiten umfassenden Schrift der Kläger vor. Danach geht es vor allem um die Argumente, daß die 1. Teilgenehmigung gegen das geltende Baurecht insofern verstoße, weil sie ohne Bebauungsplan und ohne Beteiligung der Nachbargemeinden, wie es die Vorschrift vorsehe, erteilt worden sei.

Ferner habe man nicht die Sorgfalt bei der Gründung vorgesehen, wie für den Marschboden erforderlich, wie erst 1977 der Grundbruch bei St. Margarethen gezeigt habe. Die DIN-Vorschriften seien nicht eingehalten. Die Reihe der Argumente wurde mit weiteren Punkten fortgesetzt, die sich auf falsch errechnete Strahlenbelastung beziehen, weil mit wissenschaftlich widerlegbaren Daten gearbeitet worden sei, so der Rechtsanwalt der Kläger.

Auch die im Normalfall zu erwartenden Schadstoffmengen des KKW Brokdorf seien zu hoch, um die Einhaltung der Strahlenschutzverordnung auch durch spätere Auflagen zu sichern. Schließlich bestehe keine Aussicht auf Verwirklichung der Entsorgung zum erforderlichen Zeitpunkt.

Weiter wurde auf die Gefahren für die Landwirtschaft und deren Produkte verwiesen. Im übrigen wurde Kritik an der Tatsache geübt, daß die Antragsteller das Verwaltungsgericht Schleswig rund drei Jahre nach dem Baustopp im Sommer 1979 aufgefordert haben, jetzt über die Klage zu entscheiden – es sei sicher legitim, aber das Gericht habe ungewöhnlich schnell reagiert und Termin, wie bekannt, für den 1. Oktober anberaumt.

Nach Veranstaltungen während der Prozeßtage befragt, erklärten die Sprecher der Prozeßgruppe, daß gemeinsam mit der Bürgerinitiative Schleswig während der Prozeßdauer eine Aktionswoche in Schleswig mit Podiumsdiskussion, einem Zug durch die Stadt am Donnerstag, dem 4. Oktober, vorgesehen sei.

Informationen vor dem Prozeß

Argumente der Kläger gegen das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf

Wewelsfleth. „Wir Marschbauern haben immer für Sicherheit gekämpft“, sagte Rolf Hellerich als Sprecher der Prozeßgruppe gegen das geplante Kernkraftwerk Brokdorf, als er am Mittwochnachmittag auf seinem Hof Journalisten aus Schleswig-Holstein und Hamburg zusammen mit den anderen Einzelklägern und Vertretern der klagenden vier Gemeinden über die Fragenkomplexe des am Montag beginnenden Brokdorf-Prozesses vor dem Verwaltungsgericht Schleswig informierte.

Hellerich blendete nochmals zurück, daß man sowohl die Ansiedlung der Industrie als auch des Kernkraftwerks in Brunsbüttel stillschweigend geduldet habe, kaum wissend, was

auf die Bewohner zukomme. Der Raum zwischen Brunsbüttel und Glückstadt sei als Naherholungsgebiet ausgewiesen. Als man hier „ausbrach“, sei das Maß voll gewesen, und Bauern und Bürger hätten sich zur Klärgemeinschaft gegen Brokdorf zusammengefunden.

Im einzelnen erläuterte Rechtsanwalt Günemann, Hamburg, die von den Klägern vorzutragenden Argumente. So werde vorgetragen, daß die 1. Teilgenehmigung gegen das Baurecht verstoße, weil sie ohne Bebauungsplan und ohne Beteiligung der Nachbargemeinden erteilt worden sei. Die Baugründung entspreche nicht den DIN-Vorschriften, wurde argumentiert. Die errechnete Strahlenbelastung, wie vom Antragsteller (NWK und HEW) angegeben, könne mit wissenschaftli-

Eintagsferkel gesucht

Telefon 04823/256

chen Gegenargumenten widerlegt werden, weil von falschen Daten ausgegangen worden sei. Es wird behauptet, daß das KKW Brokdorf im Normalfall so hohe Schadstoffmengen abgebe, daß die Einhaltung der Strahlenschutzverordnung auch durch spätere Auflagen nicht gesichert werden könne. Schließlich bestehe keine Aussicht auf Verwirklichung der Entsorgung zum erforderlichen Zeitpunkt.

Weiter wurde auf die Gefahren für die Landwirtschaft und deren Produkte verwiesen.

Im übrigen wurde Kritik an der Tatsache geübt, daß die Antragsteller das Verwaltungsgericht Schleswig rund drei Jahre nach dem Baustopp im Sommer 1979 aufgefordert haben, jetzt über die Klage zu entscheiden. Dies sei sicher legitim, aber das Gericht habe ungewöhnlich schnell reagiert und den Termin, wie bekannt, für den 1. Oktober anberaumt.

Nach Veranstaltungen während der Prozeßtage befragt, erklärten die Sprecher der Prozeßgruppe, daß gemeinsam mit der Bürgerinitiative Schleswig während der Prozeßdauer eine Aktionswoche in Schleswig mit Podiumsdiskussionen und einem Zug durch die Stadt am Donnerstag, dem 4. Oktober, vorgesehen sei.

W. Z.
27.2



Sie informierten auf der Veranstaltung der Klärgemeinschaft (von links): Rolf Hellerich, die Ärzte Dr. Rüpell und Dr. Timmermann aus Heide, Meteorologe Carsten Hinrichsen und Gärtner Lühr aus Moorfleth (stehend).

Gut besuchter Diskussionsabend der KKW-Kläger Ärzte und Wissenschaftler informierten in Wilster

Wilster (kim). Über 70 interessierte Bürger aus Wilster, der Wilstermarsch und Dithmarschen waren am Donnerstagsabend zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung der Klärgemeinschaft gegen das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf in die Veranda des Colosseums gekommen. Rolf Hellerich aus Wewelsfleth, der die Leitung des Abends hatte, begrüßte hier als Referenten die Dithmarscher Ärzte Dr. Rüpell und Dr. Timmermann vom Heider Kreiskrankenhaus, den Hamburger Rechtsanwalt Grünemann und den Gärtner Lühr, die aus ihrer Sicht zur Umweltproblematik und Auswirkungen der Kernkraft- und Chemieindustrie Stellung nahmen.

Erster Redner des Abends war dann Gärtner Lührs aus Moorfleth, der den genauen Hergang eines Vorfalls in den Marschlanden schilderte, bei dem Nahrungsmittel von einem dort ansässigen Chemie-Konzern verseucht worden waren. Obst und Gemüse der Bauern war mit HCH vergiftet, einem für Menschen besonders gefährlichen Stoff, da er sich im Fettgewebe festsetzt.

Entgegengesetzt der Meinung der Hamburger Gesundheitssenatorin Elsner, die die Gefahr für die Bevölkerung bestritt, sei die Gefahr sehr groß, daß diese „giftige Fracht“ in die Wohngebiete einziehe, so Lührs. Hier müsse die Einstellung der HCH-Produktion er-

reicht werden, nur dann könnte das Problem der Umweltvergiftung gelöst werden. „Dies kann allein durch den Hamburger Senat bewirkt werden“, meinte der Moorflether Gärtner. Nur in Hamburg-Billbrook findet diese Produktion, die dorthin verlagert wurde, noch statt.

Der Heider Arzt Dr. Timmermann wies in seinem Beitrag noch einmal verstärkt auf die große Gefährlichkeit chemischer Gifte, wie DDT, Contergan oder Duo-Gynun, hin. Sein Kollege Dr. Rüpell nannte in seinen Ausführungen eine ganze Reihe von Zahlen und Argumenten, die für die fachgerechte Diskussion mit den Kernkraftbetreibern wichtig seien. Er berichtete auch von dem Verhalten der Ärzteschaft gegenüber diesen Gefahren.

Der Hamburger Rechtsanwalt Grünemann, der die Klärgemeinschaft aus der Wilstermarsch in der Hauptverhandlung vom 1. bis 5. Oktober vor dem Schleswiger Verwaltungsgericht vertreten wird, informierte über Prozeßvorbereitungen und Argumentationen.

Von den Gefahren unter seinem wissenschaftlichen Aspekt als Meteorologe sprach abschließend Carsten Hinrichsen, der „Konzeptionslücken in der KKW-Planung“ aufdeckte. Eine angeregte Diskussion über die angerissenen Themenfelder schloß sich an.